

Antworten Andreas Deuschle MdL auf die Fragen des GEB

1. Wie sehen Sie die Schullandschaft in 10 Jahren?

Die Schule ist ja kein Selbstzweck. Sie hat die vornehmliche Aufgabe gemeinsam mit dem Elternhaus aus Kindern Persönlichkeiten zu schaffen und sie optimal auf die Welt außerhalb des Klassenzimmers vorzubereiten.

Schule braucht daher auch wieder Leistungsorientierung und ein breites Fundament an Wissens- Vermittlung.

Wir sollten daher gemeinsam daran arbeiten, dass wir ein Bildungssystem der Vielfalt bekommen, um jedes Kind als Individuum optimal zu fördern. Ob das Modell der individuellen Förderung nun aus 2, 3 oder 4 Säulen besteht ist mir persönlich egal. Entscheidend ist doch, dass wir motivierte Lehrerinnen und Lehrer gewinnen können, die die Zeit haben sich um jedes einzelne Kind zu kümmern.

Das Gymnasium gehört für mich als eigenständige Säule zur Vorbereitung auf das Abitur ohne Wenn und Aber dazu. Ebenso die beruflichen Gymnasien.

Für alle Schularten wünsche ich mir, dass wir in 10 Jahren eine deutliche Verkleinerung des bisherigen Klassenteilers umgesetzt bekommen.

2. Woran erinnern Sie sich besonders gerne, wenn Sie an Ihre Schulzeit denken?

Meine Schule ist für mich auch ein Stück Heimat, Vertrautheit. Wenn ich an die Schulzeit denke, fällt mir in erster Line die Unbeschwertheit, Sorglosigkeit damals als Schüler ein und der Spaß, den wir zusammen als Schulkameraden hatten. Eine schöne Zeit.

3. Mit der zunehmenden Heterogenität der Schülerlandschaft halten wir einen vom Land finanziell unterstützten Ausbau der Schulsozialarbeit für unabdingbar. Wie sind Ihre Vorstellungen hierzu?

Wir setzen uns gegen Gewalt auf Schulhöfen, in Klassenzimmern und im Internet ein. Dazu gehören wirkungsvolle Schulordnungsmaßnahmen, Schulsozialarbeit sowie das Gewaltpräventionsprogramm WIR. Auch eine saubere und gepflegte Schule mit einer angemessenen Ausstattung leistet dazu einen Beitrag. Land und Kommune müssen hier partnerschaftlich zusammenwirken, ebenso wie bei den Themen Ganzttag, Inklusion und Schulstandorte.

Schulsozialarbeit ist in der Frage der Gewaltprävention, aber auch im Hinblick auf viele weitere sozial-gesellschaftlichen Fragestellungen an unseren Schulen unabdingbar und absolut notwendig. Alle Fraktionsmitglieder sind in den Schulen unterwegs, führen mit den Lehrern, mit den Eltern und natürlich auch mit den Schulsozialarbeitern selbst Gespräche. Schulsozialarbeit ist eine gute Einrichtung. Sie wird von der CDU ausdrücklich unterstützt. Im

Falle eines Regierungswechsels werden wir das Gespräch mit den Kommunen suchen und über eine Weiterfinanzierung sprechen.

4. Wie werden in den nächsten Jahren die Gymnasien für den Umgang mit der heterogenen Schülerschaft gestärkt?

Wir wollen dass die Qualität des Gymnasiums und die hohe Akzeptanz des baden-württembergischen Gymnasiums erhalten bleiben.

Die Schülerinnen und Schüler soll im Übergang eine bessere Unterstützung erhalten, die ihnen den Start an der neuen Schule erleichtert.

Künftig soll jedes Gymnasium vor Ort entscheiden können, ob es neben dem 8-jährigen auch einen 9-jährigen Weg zum Abitur anbietet. Dabei sollen sich die Gymnasien an den Wünschen der Eltern orientieren und sich zugleich mit den weiteren Standorten im Einzugsgebiet abstimmen.

Wir wollen nach einem gemeinsamen Einstieg in die Klassen 5 und 6, in denen bereits wichtige gymnasiale Erfahrungen gesammelt werden, eine Wahlmöglichkeit G8/G9 ermöglichen.

G9 darf nicht nur mehr Zeit bis zum Abitur bedeuten. Schülerinnen und Schüler sollen einen qualitativen Mehrwert erfahren, beispielsweise durch vermehrte Projektarbeiten, Beteiligung an Wettbewerben, umfangreichere berufliche Orientierung oder verstärkte Förderung in den MINT-Fächern.

5. Wie geht es nach der Wahl mit den Gemeinschaftsschulen weiter?

Wenn ich mir das von grün-rot in Auftrag gegebene Gutachten zu Eigen machen darf, dann stelle ich fest dass in den Gemeinschaftsschulen trotz enormer finanzieller Besserstellung im Vergleich zu den anderen Schularten nicht alles rundläuft. Die Studie ergab:

- Die Arbeit an den Gemeinschaftsschulen droht deren Lehrer zu überfordern.
- Die Lehrkräfte beklagen eine hohe Arbeitsbelastung. Auch die verstärkte Kooperation der Lehrer untereinander benötigt mehr Zeit. Als Fazit der Wissenschaftler sollte über ein veränderte Bemessung der Lehrerarbeitszeit und weitere Unterstützung der Pädagogen nachgedacht werden.

Die Studie verwies überdies auf Probleme, die angemessenen Aufgaben für die unterschiedlichen Leistungsniveaus in der Lerngruppe zu finden.

- Das individuelle Lernen muss wenn, dann schon so ausgestaltet sein, dass auch leistungsschwache Schüler davon profitieren:
- Nicht jeder Schüler braucht das gleiche Maß an Freiheit.

- Die Studie stellt eindeutig fest, dass die Gemeinschaftsschule in ihrer derzeitigen Form gerade die Leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler überfordert.

Die Studie kommt zu diesem ernüchternden Resultat, obwohl die Gemeinschaftsschule schon heute bei der Verteilung der Lehrerstellen klar bevorzugt wird.

Auf diese Evaluation müssen alle politisch Verantwortliche reagieren und die erkannten Defizite korrigieren.

Wir werden dies auf jeden Fall tun. Nicht weil wir die Schulart, die Schülerinnen und Schüler oder gar die Lehrerinnen und Lehrer kritisieren, sondern weil wir weiterhin die beste Bildungschancen in unserem Land allen Kindern und Jugendlichen ermöglichen wollen.

6. In Klasse 4 fühlen sich viele Eltern für den anstehenden Wechsel in eine weiterführende Klasse nur unzureichend informiert und nicht gut beraten. Was wollen Sie hier tun?

Die verbindliche Grundschulempfehlung war ein richtiges und wichtiges pädagogisches Instrument, das wir nicht abgeschafft hätten, die grün-rote Landesregierung hat es gleichwohl getan. So wie es ist, kann es in der Tat nicht bleiben. Deshalb wollen wir die Eltern bei Ihrer verantwortungsvollen Entscheidung nicht allein lassen, sondern ihnen eine intensive und fachkompetente Beratung zur Seite stellen.

Wir gehen neue Wege: Wir wollen den Grundgedanken der verbindlichen Grundschulempfehlung auffangen, indem wir ein systematisches Beratungskonzept ab Klasse 1 einführen. Wir setzen von Anfang an auf den Dialog zwischen Schule und Elternhaus. Das ist die richtige Basis für eine verantwortungsvolle Entscheidung der Eltern zum Wohl des Kindes. Darüber hinaus wollen wir ein verbindliches Beratungsgespräch zum Zeitpunkt des Übergangs an die weiterführende Schule, an dem auch ein Vertreter der gewünschten Schule beteiligt ist und zu den Leistungsanforderungen berichten kann. Die Wahlfreiheit von Eltern und Kindern bleibt erhalten.

7. Die Realschule ist wichtiger Grundpfeiler in der Schullandschaft. Wie sieht die Zukunft der Realschulen aus?

Wir als CDU wollen die Realschule Baden-Württemberg als Rückgrat unseres differenzierten Bildungswesens gezielt stärken und sie so als leistungsstarke Schulart mit eigenständigem Profil zukunftsfest machen.

Die Realschule soll mit differenziertem Unterricht auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss vorbereiten. Für Schülerinnen und Schüler soll künftig an der Realschule neben der Mittleren Reife auch der Erwerb des Hauptschulabschlusses möglich sein. Jede Realschule soll ihren Schülerinnen und Schülern dazu das richtige Angebot

machen können: vollständig differenziert oder mit teilweise gemeinsamem Unterricht. Eine intensive Förderung braucht leistungsgerechte Angebote.

Die Klassen 5 und 6 sind als Orientierungsstufe organisiert. Wir wollen der einzelnen Realschule den notwendigen Freiraum geben, über die für ihre Schülerinnen und Schüler passende Organisationsform selbst zu entscheiden. Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist von Schule zu Schule verschieden und braucht jeweils eine passende Antwort. So sollen den Schülerinnen und Schülern die von ihnen tatsächlich benötigte Unterstützung beziehungsweise Förderung erhalten können. Dazu ist erforderlich, dass jede Schule in Klasse 5 und 6 vor Ort eigenständig entscheiden kann, bereits ab Klasse 5 einen eigenen Zug zum Hauptschulabschluss einzurichten oder wahlweise gemischte Züge zu führen, in denen es neben gemeinsamem Unterricht für die leistungsschwächeren oder leistungsstärkeren Schüler auch ergänzende differenzierte Unterstützung s- bzw. Förderangebote geben wird.

In den Klassen 5 und 6 soll jeweils zum Halbjahr ein Wechsel zwischen dem Haupt- und Realschulniveau erlaubt sein. Dies geschieht stets im engen Dialog von Schule und Elternhaus, wobei selbstverständlich der Leistungsfortschritt und Leistungsvermögen besprochen werden. Nach Klasse 6 sollen die Eltern eine Bildungswegempfehlung erhalten, die den weiteren Bildungsweg zum Hauptschulabschluss oder zur Mittleren Reife empfiehlt. Natürlich ist bei Leistungsänderungen auch später ein Wechsel des angestrebten Abschlusses möglich.

Ab Klasse 7 soll in möglichst leistungsdifferenzierten Bildungsgängen auf den Hauptschulabschluss und die Mittlere Reife – auf dem Praxisweg und dem Realschulweg – vorbereitet werden. Dazu soll in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften ein leistungsdifferenzierter Unterricht stattfinden. In weiteren Fächern entscheidet die einzelne Realschule, ob für Ihre jeweilige Schülerschaft ein differenziertes oder ein gemeinsames Unterrichtsangebot geeigneter ist.

Wir wollen einen durchgehenden Lernprozess ab Klasse 5, der spätestens ab Klasse 7 gezielt auf einen bestimmten Abschluss hin gerichtet ist. Sind die Anforderungen erfüllt, soll der Übergang in das Berufliche Gymnasium reibungslos gelingen. Realschule und Berufliches Gymnasium sollen noch enger miteinander verzahnt werden. Das Berufliche Gymnasium ist nach unserer Vorstellung die gymnasiale Oberstufe der Realschule Baden-Württemberg und der Gemeinschaftsschule. Mit einer beruflichen Profilierung bietet es eine attraktive Alternative zum allgemeinbildenden Gymnasium. Ab Klasse 8 sollen beispielsweise gemeinsame berufspraktische Projekte berufliche Schulen stattfinden. Die Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig Einblick in die Arbeitswelt erhalten und dabei auch den Nutzen schulischen Lernens erfahren.

8. Die Unterstützung von Schülern mit Assistenzbedarf im Schulalltag läuft nur unzureichend. Auch werden die Eltern über diese Angebote nicht ausreichend informiert. Wie sehen Ihre Vorschläge aus, dies zu vereinfachen?

Wir bekennen uns klar zum Ziel der Inklusion. Vom gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung können alle profitieren. Die schulische Inklusion ist darüber hinaus ein wertvoller Beitrag für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Grün-Rot hat hier große und zum Teil unrealistische Erwartungen geweckt. Ohne ausreichende Vorbereitung hat Grün-Rot die Inklusion zum Schuljahr 2015/16 gesetzlich verankert. Bei Eltern und Kindern, Schulen, Stadt- und Landkreisen ist dadurch erhebliche Verunsicherung entstanden.

Für uns steht bei der Inklusion das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. Wir wollen deshalb gleichberechtigte Wege eröffnen, zwischen denen die Eltern im Rahmen des Möglichen wählen können: die Inklusion an einer allgemein bildenden Schule, den Besuch einer Außenklasse oder den Besuch einer Sonderschule.

Wir wollen den Eltern ein Wahlrecht zwischen diesen verschiedenen gleichwertigen Wegen geben. Dazu gehört eine gute, transparente und offene Beratung in den Bildungswegekonferenzen, die Unterstützung von Elternlotsen sowie die Schaffung eines Landesombudsmanns. Die Beratung der Eltern berücksichtigt die Gegebenheiten an den Schulen vor Ort. Inklusion ist dann gegenüber Kindern, Eltern und Lehrkräften verantwortbar, wenn auch die Voraussetzungen gegeben sind.

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen und Schularten.

Das bewährte und differenzierte System der Sonderschulen muss erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Sonderpädagogen und die grundständige, spezialisierte, sonderpädagogische Ausbildung.

Es gilt, die hohe fachliche Kompetenz an den Sonderschulen zu erhalten und zugleich an allen anderen Schularten die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung zu unterstützen. Es muss an allen Schulen die gleiche Qualität wie an den Sonderschulen selbst bestehen.

Neben der inklusiven Beschulung an allen Schulen sehen wir besonders in den sogenannten Außenklassen eine sehr gute Möglichkeit, Inklusion in der notwendigen hohen Qualität umzusetzen.

Wir werden

- den erfolgreichen Weg der Inklusion als gleichwertiges Angebot stärken und weiterentwickeln.
- die hohe Qualität der sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinbildenden Schulen garantieren sowie die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

- das 2-Pädagogen-Prinzip an der Regelschule anstreben, nach dem die Lehrkraft der allgemeinen Schule durch eine Sonderpädagogische Fachlehrkraft in der Klasse unterstützt wird.
- die Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinen Schulen in Aus- und Fortbildung auf die Herausforderungen der Inklusion vorbereiten.
- gemeinsam mit den Gemeinden, Stadt- und Landkreisen die Voraussetzungen bei der Sachausstattung, Umbau und Schülerbeförderung schaffen.
- die Aufgaben der Qualifizierung der Schulbegleitung regeln und die Steuerung und Finanzierung dauerhaft lösen.

9. Wie kann die Integration von Flüchtlingskindern an Schulen durch das Land unterstützt werden?

Die Hauptschlüssel zur Integration sind Sprache und Bildung. Der Erwerb von Bildung setzt in erster Linie Sprachfähigkeit voraus.

Die Sprachförderung bei den Flüchtlingskindern ist unsere vorrangigste Aufgabe.

Daneben ist die Vermittlung unserer Kultur und Wertvorstellung, aber auch die Vermittlung von Alltagskompetenz von wesentlicher Bedeutung-. Dies wird am erfolgversprechendsten in den VABO-Klassen vermittelt.

10. Wird das Land stärker in die Investitionsförderung an Schulen einsteigen?

Die Finanzierung der Schulen geschieht in kommunaler Verantwortung, in eigenständiger Verantwortung der Kommunen. Dies soll auch künftig so bleiben.